

Mainz, 26.01.2026

Antrag 0221/2026 zur Stadtratssitzung am 04.02.2026

Kein parteipolitischer Aktivismus auf Steuerzahlerkosten!

Der Stadtrat möge beschließen:

Organisationen, Initiativen und Vereine, die Zuschüsse aus dem städtischen Haushalt bekommen, müssen sich verpflichten, kein Geld für Aktivitäten zu verwenden, die

1. entweder direkt eine Partei unterstützen
2. oder sich direkt gegen eine Partei wenden.

Begründung:

Laut Antwort des Finanzdezernenten auf eine Zusatzfrage ist es für die Gewährung von Zuschüssen der Stadt Mainz an Organisationen, Initiativen und Vereine nicht relevant, wenn die Zuschussempfänger Aktivitäten finanziell unterstützen, die entweder direkt eine Partei unterstützen oder sich direkt gegen eine Partei wenden. Diese Regelungslücke birgt die Gefahr, dass städtische Gelder nicht für den eigentlichen Verwendungszweck verwendet werden, sondern mit ihnen ein finanzieller Spielraum geschaffen wird, der dann für parteiliche Aktivitäten genutzt wird. Durch ein solches Verhalten wird aber Sinn und Wirksamkeit von städtischen Zuschüssen ausgehebelt. Gleichzeitig wird parteipolitischem Missbrauch von Steuergeldern Tür und Tor geöffnet.

Arne Kuster
Fraktionsvorsitzender

F. d. R. Benjamin Steiner
Fraktionsgeschäftsführer